

Antrag

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/7139 -

Zehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Aufhebung der Straßenausbaubeiträge

Die Landesregierung wird gebeten

1. im Zuge des Gesetzesvollzugs zu prüfen, inwiefern in Fällen, bei denen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu Straßenausbaubeiträgen herangezogen werden, bei denen die sachliche Beitragspflicht im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2018 entstanden ist und die Beitragsfestsetzung erst nach dem 1. Januar 2019 erfolgte, unzumutbare Belastungen für die Betroffenen entstehen;
2. im Falle des Vorliegens möglicher unzumutbarer Belastungen, die Einrichtung eines Härtefallfonds angelehnt an eine in Bayern getroffene Regelung zu prüfen;
3. über das Ergebnis der Prüfung den Landtag bis zum 30. Juni 2020 zu informieren.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Hennig-Wellsow

Für die Fraktion
der SPD:

Hey

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich